

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verlag: Auer & Co. Leipzig
Druck: Auer & Co. Leipzig
Telefon: 1234
Postamt: Leipzig
Kontingentspreis: 10 Pf.

Nr. 4.

Donnerstag, den 6. Januar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Zwischen dem Sechshnerauschuß der Eisenbahner und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums kam gestern eine Sitzung über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter zu Stande.

Wach einer Meldung der Breslauer Zeitung soll die Wahlkommision für Ober-Sachsen Mitte März stattfinden.

Wie Evening Standard mittelt, habe man in Downingstreet erklärt, Lloyd George sei bereit, direkt mit De Salera zu verhandeln, wenn er den Beweis erbringe, daß er die Mehrheit des irischen Volkes hinter sich habe und für sie sprechen kann.

Gleichmäßige Brotversorgung.

Zur Sicherung der gleichmäßigen Versorgung in Sachsen.
Von Wirtschaftsminister Schwarz.

Es ist noch in aller Erinnerung, mit welchen Ungleichmäßigkeiten sich beim Uebergang des abgelassenen Erntejahres ins neue die Brotversorgung in den verschiedenen Landesteilen vollzog. Ein Teil der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände scheute sich trotz ausdrücklicher Anweisung, die ihnen obliegenden Ablieferungen zugunsten der Versorgung der Zuschußverbände zu bewirken, die Zuschußverbände dagegen mühten Streikungen bis zu 70 Prozent vornehmen. Die Klagen über diese Ungleichmäßigkeiten nahmen einen bedeutenden Umfang an und waren vollkommen berechtigt. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, vom Beginn des neuen Erntejahres an dafür zu sorgen, daß mit allen Kräften einer Wiederholung derartigen Vorfälle vorgebeugt werde. Einen Erfolg in dieser Richtung versprach zunächst eine gleichmäßige Streckung des Brotes vom ersten Tage der Versorgung an. Das Reich hatte eine solche Streckung in Höhe von 10 Prozent bereits für das gesamte Reichsgebiet angeordnet. In einer Verordnung vom 14. Oktober 1920 hatte es den Landeszentralbehörden außerdem überlassen, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses eine Streckung von mehr als 10 bis zu 20 Prozent von sich aus anzuordnen. Ein solches dringendes wirtschaftliches Bedürfnis liegt in Sachsen zweifellos vor. Die sächsische Regierung denkt nicht daran, etwa Sachsen ein Opfer zuzumuten, das nicht das ganze Reich zu tragen hat. Sie hat die Erhöhung der Streckung von 10 auf 15 Prozent in Sachsen angeordnet, jedoch gefordert, daß die dabei erwarteten 5 Prozent dem sächsischen Wirtschaftsministerium selbst zur ausschließlichen Versorgung Sachsens zur Verfügung gestellt werden. Die erhöhte Streckung bedeutet also keineswegs eine Schlechterstellung Sachsens gegenüber den anderen Teilen des Reiches, sondern lediglich eine Sicherheitsmaßnahme für das Land. Was jetzt erpart ist, wird später vorhanden sein und in Sachsen selbst verbraucht werden, jedoch gleichmäßig im ganzen Lande, ohne Bevorzugung einzelner Teile. Die ganze Maßnahme dient den Interessen derjenigen Landesteile, die andernfalls benachteiligt würden; das sind vor allem die Großstädte und die Industriegebiete.

Um die Maßnahmen wirksam durchzuführen, ist es nötig, das durch die Streckung ersparte Getreide zeitig in die Hand der Regierung zu bringen. Nach den gemachten Erfahrungen liegt die Verantwortung nahe, daß die Ueberlieferungsverbände die Mengen zur Sicherung ihrer eigenen Versorgung zurückbehalten, und selbst wenn die Bezirksvertretung willens ist, ihre Pflicht zu tun, so wird sie doch möglicherweise durch gewaltsames Verhalten der Transporte daran gehindert werden. Um das auszuschließen, bleibt nichts übrig, als die Getreidevorräte schon jetzt, lange bevor Schwierigkeiten eintreten können, in einzelnen leistungsfähigen und modern eingerichteten Mühlen zu lagern, zu mahlen und zu bearbeiten. Zum Zweck der Erfassung und Behandlung der Vorräte ist bei der Landesgetreidekasse des Wirtschaftsministeriums eine Geschäftsabteilung gegründet worden, die diese Aufgaben zu übernehmen hat. Die Gerichte, als handle es sich dabei um eine neue Kriegsgesellschaft, sind vollkommen unbegründet. Die Anteile an der Gesellschaft sind mit der Mehrzahl der Stimmen in der Hand des Staates, mit der Minderzahl in der Hand einiger Mühlen. Die geringen Einzahlungen dieser Mühlen (jede Mühle 2500 Mark) werden lediglich mit 5 Prozent verzinst, ein weiter verbleibender Reingewinn kommt seinerzeit ausschließlich dem Staate zu Gute. Eine Verteuerung des Brotes kann durch die Bindung nicht entstehen. Der Durchführung des Vorhabens werden aber von verschiedenen Seiten Schwierigkeiten bereitet, und zwar vor allem von einigen Kommunalverbänden, die danach die erwarteten 5 Prozent ihrer Getreidevorräte sofort abliefern sollen. Diese Zurückhaltung ist völlig unbegründet. Die Forderung des Wirtschaftsministeriums auf Herausgabe der erwarteten 5 Prozent beruht, wie bereits gesagt, auf einwandfreier gesetzlicher Grundlage. Die Kommunalverbände sind zur Herausgabe einfach verpflichtet, sie handeln im Belästigungs-

fall direkt gegen das Gesetz und verletzen letzten Endes aber fremdes Gut. Alle etwa möglichen Einwendungen sind auch sachlich durchaus unbegründet. Es ist ausgeschlossen, daß durch die Ablieferung der Vorräte des abliefernden Verbandes in Schwierigkeiten kommt. Die Mengen, die abzuliefern sind, sind im Verhältnis zum Gesamtbedarf der Verbände ganz gering. Erhöhter der Kommunalverband durch sein Verhalten die gleichmäßige Versorgung, die das Wirtschaftsministerium sichern will so besorgt er damit lediglich die Geschäfte der Reichsgetreidestelle. Diese muß dann erst einige Wochen später damit anfangen, den Kommunalverband von sich aus zu versorgen; sie wird entlastet, und den Schaden trägt Sachsen. Denn es stehen der Landesregierung dann die nötigen Mengen, um selbst auszuweichen, nicht zur Verfügung. Die Klein von den abgelieferten Mengen erhält der Kommunalverband zurück.

Bei der Wichtigkeit der Sache muß einmaligen Widerständen nachdrücklich begegnet werden. Dies wird dadurch geschehen, daß im Falle der Verweigerung der obliegenden Ablieferung dem in Frage kommenden Kommunalverband die Selbstwirtschaft entzogen wird. Die Mühlen eines solchen Kommunalverbandes würden also unter Umständen in eine äußerst schwierige Lage geraten, und sie hätten dies lediglich sich selbst zuzuschreiben, denn gerade vom Mühlengewerbe geht in erster Linie der Widerstand aus, der gegen die in Aussicht genommene Sicherung der erwarteten Vorräte erhoben wird. Gelingt jedoch die Durchführung, so können die Zuschußkommunalverbände aus den erwarteten Vorräten mindestens vier Wochen länger mit Getreide versorgt werden, als es ohnedies möglich wäre. Sachsen hat dann aus dem ganzen Lande insgesamt etwa 150000 bis 200000 Doppelzentner Getreide für Notfälle in seiner eigenen Hand. Der Wunsch, daß Ungleichmäßigkeiten in der Brotversorgung, wie im Vorjahre, im nächsten Jahre vermieden werden möchten, dürfte allgemein sein; nur diejenigen werden sich ihm vielleicht nicht anschließen, die durch eine bessere Versorgung ungerechtfertigten Vorteil erreichen würden.

Die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen sächsischen Königshaus

Der neuen sächsischen Regierung und dem am heutigen Donnerstag nach der Weihnachtspause wieder zusammengetretenen Landtage harret als eine der wichtigsten und sicherlich zu vielen Erörterungen Anlaß gebenden Aufgaben die Entscheidung im Streit über die Ansprüche des Freistaates Sachsen und die Reichstitel des früheren sächsischen Königshauses. Ob allerdings schon die nächsten Wochen eine reifliche Lösung der Frage herbeiführen werden, deren Behandlung auch innerpolitische Verwicklungen nicht ganz aus dem Bereich der Möglichkeit bannt, erscheint bei dem Umfang und der Komplexität der Materie zum mindesten sehr fraglich. In den jüngsten Tagen lief eine Notiz durch die sächsische Presse, daß das jetzige Finanzministerium die Vorschläge des Reichshofes nach einigen Absichten angenommen und der zur Hälfte aus Vertretern der Regierung und zur Hälfte aus Vertretern des Königs gebildeten Kommission unterbreitet hat. Diese Meldung eilt den Tatsachen weit voraus. Es trifft nicht zu, daß das verlassene Finanzministerium sich schon auf bestimmte Entschlüsse festgelegt hat und daß diese jetzt mit entsprechenden Abänderungen der zwölfgliedrigen Kommission zugegangen sind. Infolgedessen ist es auch unrichtig, hier von einer Geheimhaltung zu sprechen.

Die ganze Rechtslage ist wie schon erwähnt, sehr verwickelt, insbesondere deshalb, weil es sich hier um Objekte handelt, die zum großen Teil schon vor Jahrhunderten durch Schenkungen, Ehepakt und private Erwerbungen in das Eigentum der Krone gelangt sind. In vielen Fällen ist jedoch die Sachlage relativ klarer, vor allem, soweit es das Domänengut anlangt. Bei Begründung der Verfassung hat das sächsische Königshaus seinen damaligen Privatbesitz an Domänen nicht behalten, wie dies die meisten Fürstentümer getan haben, sondern es hat sich bestimmen lassen, diesen Besitz, der jetzt dem Staate ungeheure Renten abwirft, dem Königreiche zu übereignen, weil man eben damals glaubte, daß Herrscherhaus und Land für immer miteinander in einem Königreiche verbunden sein würden. Es ist aber klar, daß, nachdem diese Vereinigung zwischen Herrscherhaus und Land einseitig von letzterem gelöst worden ist, dieses dem Königshaus das wieder zurückgeben muß, was es ihm einbrachte hat.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir feststellen, daß der Generalbevollmächtigte des Königs, der bekanntlich am Montag nach Sibyllenort berufen worden war, sich nicht, wie von anderer Seite gemeldet, dorthin begeben hat um mit dem König in Sachen eines Vergleichs mit der sächsischen Regierung in der Abfindungsfrage zu verhandeln. Die Reise betraf ganz andere Angelegenheiten, nämlich die Frage der Auflösung der Fideikomnisse in Preußen. Schuld Sibyllenort kommt übrigens in diesem Zusammenhang insofern nicht in Betracht, da es ein reiner Privatbesitz ist, der erst zu Anfang dieses Jahrhunderts als Erbschaft an König Albert von Braunschweig übergegangen ist.

Mac Cormick über seine Eindrücke in Deutschland.

Der Korrespondent des New York Herald hat Gelegenheit, mit dem amerikanischen Senator Cormick vor seiner Abreise nach Paris über die künftigen Beziehungen Amerikas zu Deutschland zu sprechen. Auf die Frage, welchen Eindruck Mac Cormick in Deutschland gewonnen habe, antwortete der Amerikaner u. a.: Ich hatte viel zu wenig Zeit, um ganz gründlich Umchau zu halten. Die vier Tage in Berlin waren mit Besprechungen ausgefüllt und ließen ein Studium der Verhältnisse nicht zu. Was ich aber von führenden Staatsmännern und Volkswirtschaftlern gehört habe, zeigt ein trübes Bild. Doch ist Deutschland nicht ohne Hoffnung auf eine verhältnismäßig rasche Genesung. Ich glaube, daß diese Hoffnung berechtigt ist. Es liegt auch im Interesse von ganz Europa, daß die erlebte Gefühlsregung Deutschlands eintritt, denn ohne Arbeit und Produktion des deutschen Volkes kann ich mir die Welt gar nicht vorstellen. Ich kann nur wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe: Deutschland ist ein dunkler Tunnel, an dessen Ende aber das Tageslicht leuchtet.

Ueber eine baldige Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland kann ich keine Erklärungen abgeben. Meine Ansicht als Privatmann habe ich in dieser Frage führenden Persönlichkeiten in Berlin mitgeteilt, allerdings weiß ich nicht, welches die geeignete Plattform sein wird, um die Beziehungen der vereinigten Staaten mit Deutschland baldigst wiederherzustellen. In welcher Form dieses geschehen wird, weiß ich augenblicklich noch nicht. Doch daß diese Wiederherstellung der Beziehungen nicht auf Grund des Versailler Friedensvertrages vollzogen wird, kann ich bestimmt behaupten. Was darf man von einer amerikanischen Kredithilfe erhoffen? — Dieses Problem, sagte Mac Cormick, ist nicht so einfach, wie in Europa vielfach angenommen wird. Ich persönlich und einige amerikanische führende Persönlichkeiten sind schon öfters dafür gewesen, eine Kreditgewährung für die notleidenden Staaten in Amerika zuzulassen. Wenn erst die diplomatischen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wieder aufgenommen sind, wird sich Amerika mit dieser Frage wieder eingehend beschäftigen. Ob dieser Kredit die in Europa ersehnte Höhe erreichen wird, ist fraglich. Wir haben die Brüsseler Finanzkonferenz aufmerksam verfolgt, wir können aber nicht behaupten, daß uns die dort erzielten Ergebnisse zufriedenstellend hätten. Amerika will seinen Kredit haben, und zu einer ausgedehnten amerikanischen Kreditgewährung ist es notwendig, daß vorher die schwebenden Finanzfragen zwischen den europäischen Staaten geregelt werden.

Wie finden Sie die Lage in Oesterreich? — Einfach trostlos! Diesem Staat muß rasch und ohne Höflichkeit geholfen werden. Das heutige Oesterreich ist nicht lebensfähig, das habe ich auch in Paris, Berlin und Rom betont und werde es auch in Brax hervorgehen. Ich glaube, ein fester wirtschaftlicher Zusammenschluß aller nationalen Staaten liegt nicht nur im Interesse Oesterreichs, sondern dürfte auch das Ziel aller anderen an den Kriegsschicksalen gezeichneten Staaten sein, die aus der Anarchie hervorgegangen sind. Die gegenseitige Wirtschaftssperre und die Isolierung einzelner Staaten müsse rasch aufhören. — Auf die Frage des Korrespondenten über die Absichten des neuen amerikanischen Präsidenten Harding bezüglich des Versailler Friedensvertrages und des Biltmoreschen erklarte Senator Cormick, er sei zwar über diese Absichten informiert, doch habe er keine Vollmachten, sich hierüber zu äußern.

Aus den Memoiren des Grafen Witte.

Der gestern von der Wof. Ztg. veröffentlichte Abschnitt aus den Memoiren des Grafen Witte behandelt insbesondere die Marokko-Krise von 1905. Witte schreibt: Nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges beehrte sich Kaiser Wilhelm, auch Kaiser Nikolaus seiner Treue zu versichern und die Sicherheit der russischen Grenze im Westen zu garantieren. Nichtsdestoweniger hat er in einem Privatbriefe an Kaiser Nikolaus, gleichsam als Entschädigung für seine Versprechen, uns nicht anzugreifen, um eine Reihe von Änderungen im Handelsvertrage von 1894, der eben abgelassen war. Diese Änderungen waren für unsere Wirtschaft so schädlich, daß ich mich ihnen entschieden widersetzte. Schließlich kamen wir aber dahin, um einen Bruch mit Deutschland zu vermeiden, uns den Forderungen zu unterwerfen. Dann wäre es wohl für uns gerechtere Zeit ruhig geduldet, wenn nicht inzwischen die Annäherung zwischen Frankreich und England stattgefunden hätte. Beide Länder schlossen ein Uebereinkommen über ihre Einflusssphäre in Marokko. Deutschland ergriff diese Gelegenheit und erklärte, daß es eigene Handelsinteressen in Marokko habe die es verteidigen wolle, und daß weder England noch Frankreich irgendwelche Schritte in Marokko ohne Deutschlands Zustimmung machen könnten. Als 1905 Witte nach Paris kam, befand sich die französische Regierung in einem Zustand der

verlangt und sechs Personen von 200 000
Der Dampfer Gesellschaft in von Willa Garcia t. Von Willa um die Schiff mit 40 Personen Kanarischen
gentinnen. ung aus Wienos gentinnen neue onen wurden ist bedeutend.
hlen- eine
relcht: ar 1921 21 und 21
Fohlenstelle.
ianos!
rateur e Fachkenntnis, in die Geschäftswelt wird garantiert.
waren-Fabrik und den Verkauf
esucht, und das Kaffe-
Jahren und mit
blsberiger Tätig- gnisabdrücken er- stelle des Blattes.
abrik erfahrenen, mann als
auf usm. durch- ent. auch die haltsansprüche der Geschäftsstelle
ter e Umgeb. Mittelbranche. Nur Kolonialwarenange- führte Vertreter hest.
Auer Tageblatt.
Erstmehl treter
hshandlung, e m n h.
Hilfsmittel rei guteingeführten
er U. I. 31 an erbeten.
her iter
uwarenfabrik, indig vertraut
I. 63 an die
verdienen!
Neumarkt 5.
gesucht:
ht, mm Biebtiefe, terprelle, etrieb.
I. 54 an die

Auftragung. Hebermann habe gewünscht, daß der Krieg... (text continues)

Witte berichtet dann über seine Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm in Rumänien. Der Kaiser... (text continues)

Witte schildert dann den persönlichen Verkehr des Kaisers und erzählt u. a.: Nach dem Mittagessen ging die Tischgesellschaft in ein benachbartes Zimmer... (text continues)

Kleine politische Meldungen.

Nachgeben Deutschlands? Intransigent will erfahren haben, daß Deutschland in der Entwaffnungsfrage nachgeben werde... (text continues)

Beginn der Sonderverhandlungen mit den Eisenbahnern. Gestern vormittag wurden im Reichsverkehrsministerium die bereits angekündigten Sonderverhandlungen mit den Eisenbahnern aufgenommen... (text continues)

Der heilige Stuhl und die Abstimmung in Oberschlesien. Bei einem Empfang durch die internationalisierte Kommission führte der Kommissar des Apostolischen Stuhles, Mgr. D'Agno, in einer Ansprache aus: Er sei gekommen, um der Kommission die Gefühle der Gerechtigkeit und der christlichen Nächstenliebe ans Herz zu legen... (text continues)

Eine deutsche Note über polnischen Terror in Oberschlesien. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, wird im Auswärtigen Amt eine Note an die Entente vorbereitet, die sich mit dem allerjüngsten Terror der Polen in Oberschlesien und mit den zahlreichen Angriffen auf Deutsche befaßt... (text continues)

Amerika für die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem besetzten Gebiet. Wie der Chicago Tribune aus Washington gemeldet wird, hat das Kongreßmitglied Britten eine Resolution eingebracht, in der Präsident Wilson aufgefordert wird, sich an Frankreich und an den Völkerbund zu wenden, um die Zurückziehung der französischen schwarzen Truppen aus den besetzten Gebieten Deutschlands zu erlangen... (text continues)

Kommunistentrawalle in Jüßburg. Am Dienstag nachmittag in Jüßburg erfolgten Beerdigung des von der Polizei auf der Flucht erschossenen Kommunistentführers Hoffmann nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen auch aus Hamburg und anderen Orten teil... (text continues)

Die Verschiebung der Brüsseler Konferenz. Die Presse berichtet, daß von deutscher Seite ein Antrag auf Vertagung der Brüsseler Konferenz gestellt worden sei, beruht auf Tatsache. Es handelt sich um Vereinbarung zwischen dem Staatssekretär Bergmann und Delacroix... (text continues)

Kommmissionsbesprechungen besteht, so daß es gar nicht so aufgefaßt werden kann, als ob eine Unterbrechung der Konferenz stattgefunden hätte.

Von Stadt und Land.

Mitt. 6. Januar 1921.

Hohneujahr. Weihnachten, Silvester und Neujahr sind vorübergerauscht mit ihrem heiligen Klang und ihrem stillen Sehnen — nun stehen wir schon wieder inmitten des alltäglichen Lebens. Im Sturm der aufgeregten Zeit, die uns wieder ärmend umflutet, zwingt uns der Hohneujahrstag noch einmal zu stiller, innerer Betrachtung... (text continues)

Der Wiederzusammentritt der 11. Ordentlichen Evang.-luth. Landesynode ist vom Kirchenregiment auf Montag, den 17. Januar festgesetzt worden. Hauptversammlungsgegenstand wird die neue Kirchengemeindeordnung sein, die in zweiter Lesung durchberaten wird.

Der Landeskulturrat besteht weiter. Zu der Meldung, daß der Landeskulturrat mit Ablauf des Jahres 1920 aufgehört habe, zu bestehen, erfährt W. S. L., daß nach einer den Mitgliedern des Landeskulturrates zugegangenen Mitteilung dem Landtage binnen kurzem eine Regierungsvorlage gegeben wird, durch die die Mandate zum Landeskulturrat abermals um einen bestimmten Zeitraum verlängert werden sollen... (text continues)

Unselandereise Dr. Gradnauers. Ministerialrat Dr. Gradnauer, der frühere sächsische Ministerpräsident, der bekanntlich seit einiger Zeit der sächsischen Gesandtschaft in Berlin zugeteilt ist, wird dieser Tage nach Brüssel reisen, um dort Aufträge für die sächsische Industrie zu erlangen und dadurch auch der großen Arbeitslosigkeit in Sachsen entgegenzuwirken... (text continues)

Eröffnung des Gewerbeaufsichtsamts Kus. Das für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg neu errichtete Gewerbeaufsichtsamts Kus ist am 1. Januar eröffnet worden. Die Diensträume befinden sich im Gebäude des Amtsgerichts Kus, Schwarzenberger Straße. Die Dienststunden sind von 8—3 Uhr, Sonnabends von 8—1 Uhr... (text continues)

Erwerbslosen-Rundgebungen. Heute Donnerstag sollen, wie gemeldet wird, in allen sächsischen Großstädten Demonstrationen stattfinden...

Das gefährdete Erbe.

Roman von Alwin Römer.

(V. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) „Wer kann das sein?“ fragte die Tante und wachte sich den Schlaf aus den Augen... (text continues)

dich, aber noch, zu öffnen?“ „Ach Gott, Kind, was fängt er an, wenn er nun aus Winterberg fort muß?“ Doch Tante Adelgunde hatte sich abermals getäuscht... (text continues)

in diesem sogenannten Testament, um die Familie zu ärgern. Zu erben ist da meines Wissens blutwenig. Nicht einmal für die nächsten Verwandten... (text continues)

stattfinden. Es soll dabei, wie verlautet, für die Forderungen demonstriert werden, die die Kommunisten im Landtage eingebracht haben.

Ein weiterer wichtiger Nachtragsetat von 500 Millionen Mark. Dem Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes über einen Nachtrag zum Finanzgesetz auf das Rechnungsjahr 1920 zugegangen. In § 3 dieses Gesetzes wird das Finanzministerium ermächtigt, über den im Finanzgesetz auf das Rechnungsjahr 1920 vorgesehenen Betrag von 500 Millionen Mark hinaus zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Finanzhauptkasse nach Bedarf weitere unverzinsliche Schatzanweisungen im Höchstbetrage von 500 Mill. Mark auszugeben.

Vorzugsleistungen an kriegsbeschädigte. Im hiesigen Ortsamt für Kriegerversorgung — Stadthaus, Zimmer 17 — wird von heute ab an Kriegsbeschädigte und Kriegerverwundene erneut Fein- und Kernseife zum Vorzugspreise abgegeben. Ferner steht dem Ortsamt für Kriegerversorgung eine geringe Anzahl Decken aus Heeresbeständen (Einheitsdecken) zur Verfügung. Die Decken können insbesondere Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, die keiner Vereinerlichung angehören, zum Vorzugspreise erhalten.

Die Unterhaltsbeiträge für tschechoslowakische Staatsangehörige werden am 7. Januar vormittag 9 Uhr im Stadthause, Zimmer Nr. 13, ausgezahlt.

Böden, 5. Januar.

Meisterprüfung. Vor der zuständigen Meisterprüfungskommission hat sich letztthin der Schuhmacher Paul Gläser in Böden der Meisterprüfung unterzogen und sie bestanden.

Altenheim, 5. Januar. Erdbeben. Am alten Jahresabend und am Neujahrsmorgen wurden hier zwei besonders heftige Erdstöße verspürt, die gerade zu einer Zeit eintraten, als sich zahlreiche Andächtige in unserem Gotteshause befanden. Die durch diese beiden Erdstöße hervorgerufenen Erschütterungen waren so heftig, das die Fenster in der Kirche klirrten, und der Stromleuchter schwankte. Von den zahlreichen Kirchenbesuchern erschrakten viele, aber alle bewahren die Ruhe, so daß keine Störung des Gottesdienstes eintrat. Im Gottesdienst am Neujahrsmorgen bekam allerdings eine Kirchenbesucherin Herzkrämpfe und mußte in ein Nebenhaus geschafft werden. Am Sonntag waren nur noch ganz leichte Erschütterungen der Erde zu verspüren. Im Herbst 1908 war das Erdbeben von viel längerer Dauer, von größerer Ausdehnung und von größerer Heftigkeit. Auch damals trat das Erdbeben nach und während einer abnormen Wetterperiode auf.

Plauen i. V., 5. Januar. Die Arbeitslosigkeit im Vogtlande. Im Sitzungssaal des alten Rathauses hatten sich am Dienstag auf Einladung der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaft Auerbach 17 Reichstags- und Landtagsabgeordnete aus dem Wahlbezirk Chemnitz—Zwickau—Plauen zusammengefunden, um von den Berufsvertretern über die Notlage in diesen beiden Bezirken Aufklärung zu erhalten, wie sie zu einer wirkungsvollen Vertretung der von der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaft Auerbach gestellten Anträge bei der Reichs- und Landesregierung wie dem Parlament notwendig ist. Oberbürgermeister Lehmann—Plauen eröffnete die Sitzung und ging auf die Verhältnisse, wie sie sich in Auerbach und Plauen abgespielt haben, ein. Das sächsische Gesamtministerium habe sich auf dringende Vorstellungen hin bereits mit der Angelegenheit befaßt und will heute darüber endgültig Beschluß fassen. Es müßten durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, um der ganz besonderen Notlage abzuhelfen. Stadtrat Köhler betonte, daß ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung seit acht Jahren ohne Arbeit und Verdienst sei. Er bat die Abgeordneten, daß ausreichende Arbeitsmöglichkeiten dem Vogtlande endlich beschafft werden solle, und die Mittel, die für die Arbeitslosen schon bereit-

st, und ein harter Blick verletzten Hochmuts streifte dabei Annelores aufmerksames Gesicht. Denn als ob sie sich wieder auf ein bedeutungsloses Geschehnis besinnen habe, sagte sie hinterdrein: „Ja, so. Sie meinen Nachhilfe, die sich unklugerweise beinahe verlohrt hätte? La haben wir Alten noch rechtzeitig einen Knebel vorzusetzen können, ehe es zu spät war. Nein, nein! Darum ist, Gott sei Dank, nichts geworden! So ein Don Juan ist nichts für unsere Nachhilfe!“ Sie sagte „Dong Juan“. Und nach einer kleinen Pause, während der sie ein verkniffenes Köcheln um ihren breiten Mund zeigte, sagte sie spitz hinzu: „Künstlerinnen und solche finden sich leider damit ab. — Über in unseren soliden Arbeiterkreisen... Sie verstehen mich wohl, Fräulein Köchler... Guten Abend! Ich habe nämlich Eile!“ — antwortete die Tante Adelgunde mit lauer Freundlichkeit die Hand, ohne Annelore noch eines Blickes zu würdigen.

„Dieser junge Heidebohr scheint ja wirklich ein e. Tage zu sein!“ meinte Fräulein Köchler leise.

„Hast du gesehen, Tante, wie diese dummköpfige Person mich geschneit hat?“ fragte mehr ärgerlich als bekommen Annelore.

„Reinst du, es steckt eine Absicht dahinter? Vielleicht hat diese brave Müllersfrau nie gehabt. Wenn man Geld hat, ist so etwas überflüssig!“

„In Ihren Augen glimmte zu deutlich die Bosheit, als ihr Blick mich einmal streifte!“

„Das bildest du dir ein!“

„Und der Dieb auf die Künstlerinnen sollte mit gelten. Verlaß dich darauf!“

„Ja, aber woher denn?“

„Ich hatte es deutlich im Gesicht. Weiß der Himmel, wie die Sache da zusammenhängt, aber irgendwie ist bei dieser verunglückten Verlobung in die Gelein der Seidenweber geraten!“

„Das sind Grillen, Kind! Wir haben ihn doch umgewandelt mit Hauten und Trompeten! Den Schwere-über!“

„Aber heute morgen auf dem Kasthaumenplatz —“

„Hast du die Rosen etwa absichtlich fliegen lassen?“

„Gundelantens!“

(Fortsetzung folgt)

gestellt worden sind, erstattet werden möchten. Umshauptmann Dr. Scheider schloß sich diesen Ausführungen an und betonte, daß im Bezirk Falkenstein auf 1000 Einwohner 98, im Bezirk Auerbach 77, in der Stadt Falkenstein 98 bezw. 85 Erwerbslose kommen. Noch schlimmer sei es in den Dorfgemeinden in der Umgebung von Auerbach und Falkenstein.

Burgstädt, 5. Januar. An alle Nichtwähler! Der Stadtrat veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Jahrgenhte lang ist um das allgemeine gleiche Wahlrecht gekämpft worden. Jetzt, nachdem es gewährt ist, wird es mißachtet. Etwa 40 Prozent der Wähler und Wählerinnen zur Stadtverordnetenwahl haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt und dadurch das Recht verwirkt, am Bier- und Kaffeestich über den Gang der öffentlichen Geschäfte zu kreieren und zu nörgeln. Es ist von selten hiesiger Einwohner der Antrag gestellt, solche gleichgültige Leute durch öffentliche Bekanntgabe ihrer Namen an den Pranger zu stellen. Aus Spar- und Sammelgründen muß hieron abgesehen werden. Doch ist in anderer Weise diesem Zwecke gebient. Das Verzeichnis der Nichtwähler und Nichtwählerinnen liegt im Einwohnermeldeamt ununterbrochen zu jedermanns Ein- sicht aus.

Leipzig, 6. Jan. Das Erpressungsverfahrens gegen den Neukommunisten Friedrich Geher sen. hatte der Leipziger Stadtrat, wie erinnerlich, schon einmal wegen Erpressung von 400 000 M. städtischer Gelder während der Märzruhen den Antrag auf Klagerhebung gestellt, doch hatte das Stadtverordnetenkollegium sich ablehnend verhalten. Nachdem der Stadtrat ein juristisches Gutachten eingeholt hat, ersucht er jetzt das Stadtverordnetenkollegium erneut, für die Klagerhebung mit allen Mitteln einzutreten, um das Vermögen der Stadt vor einem Schaden zu bewahren, der durch den rechtlich nicht zu begründenden Verzicht auf die Klage eintreten müßte. Ein solcher Verzicht sei um so weniger gerechtfertigt, als Geher sen. in guten Vermögensverhältnissen ist und mit Verächtlichkeit die einzuklagenden 28 728 Mark (um diesen Restbetrag handelt es sich noch) zahlen könnte.

Letzte Drahtnachrichten.

Katholik für Bethmann.

Hohenzollern, 5. Januar. An der Gruft Bethmann-Hollwegs sprach Minister Dr. Deing in Namen der Reichsregierung den letzten Gruß an den Verstorbenen. Er war berufen, in der furchtbaren Prüfung des Deutschen Reiches am Steuer zu stehen. Ehe der Sturm überhand nahm, mußte er den schicksalvollen Platz verlassen. Wir dürfen die Erinnerung festhalten an jene Jahre der Einigkeit in Kampf und Leiden, die vornehmlich sein politisches Werk gewesen ist, die uns be- fähigt hat, lange Zeit dem Ansturm übermächtiger Gegner standzuhalten, und die auch für die Zukunft wirksam werden wird. Daß der Tag der Gerechtigkeit für ihn so sicher kommen wird wie für unser Volk, dies sei der Trost für alle, die um ihn trauern. (Siehe auch unter Vermischtes.)

Mac Cormick über Oberkasseler.

Berlin, 5. Januar. Nach einer Meldung des B. T. aus London erklärte Senator Mac Cormick, daß er eine Bewegung zugunsten einer Klagerhebung gegen den Reichstag in Deutschland nicht habe feststellen können. Er glaube aber, daß die Zurechtweisung Oberkasseler in Deutschland für die Befestigung des europäischen Friedens sehr wichtig sei. Deutschland würde dadurch auch in die Lage versetzt, Rohmaterialien zu bekommen, die es brauche, um wieder an die Arbeit gehen zu können.

Berlin, 6. Januar. Einer Meldung der Börslichen Zeitung aus Breslau zufolge dürfen in Oberschlesien nach einer neuen Anordnung der interalliierten Kommission öffentliche Versammlungen nur dann abgehalten werden, wenn sie 48 Stunden vorher dem Kreisinspektor schriftlich angezeigt worden sind. Der Kreisinspektor ist berechtigt eine Versammlung zu untersagen oder aufzulösen, wenn es die öffentliche Ordnung erfordert.

Freiheitskämpfer.

Berlin, 6. Januar. In der Freiheit erschien vor dem Halleischen Parteitag der Unabhängigen eine Reihe von Artikeln Walter Stöckers, die sich für den Anschluß an die dritte Internationale aussprechen. Wegen dieser Artikel hatte sich gestern der Redakteur der Freiheit öffentlich vor dem Landgericht zur Verantwortung zum Klassenhaß zu verantworten. Das Gericht verneinte das Vorhandensein einer vorläufigen Handlung und von Fahrlässigkeit und kam zu einem Freispruch.

Ermerde-Loftentwöhnung.

Hamburg, 6. Januar. Gestern nachmittag versuchten Ermerde-Loft, in Demonstrationen nach dem Rathaus vorzudringen, um dort durch eine Abordnung ihre Forderungen vorbringen zu lassen. Sie wurden aber an den Zugangsstraßen durch Postenketten und Patrouillen der Polizei zurückgehalten und zerstreut. Dabei wurde ein Polizist verprügelt und ihm sein Gewehr entziffen. Ein Oberleutnant trug durch drei Messerstiche in Hals, Brust und Seite schwere Verletzungen davon.

Demission des französischen Botschafters?

Paris, 6. Januar. Alberte spricht von der Möglichkeit, daß das Kabinett Deques nach dem Gefangenen für den Senat seine Demission einreichen werde! Das Blatt glaubt, daß Ministerpräsident Deques mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird. Auf alle Fälle werde Deques das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten beibehalten und auch seinen neuen Minister des Innern und seinen neuen Kriegsminister ernennen.

Georgische Wägen.

Berlin, 6. Januar. Die des Vorwärts mittelst, habe der in Wiesbaden lebende Hof des russischen

Belbensenbahnwesens geplant, bei dem Streik der deutschen Eisenbahner das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiet französisch zu militarisieren und eventuell auch zwecks Kohlenversorgung nach dem Ruhrgebiet militärisch hindübergreifen.

Die Belgischen Besatzung.

Brüssel, 6. Januar. Die die Agence Belge mitteilt, ist die Verschlebung des Wiederzusammenstehens der Sachverständigenkonferenz, die ihre Verhandlungen voraussichtlich am 17. oder 20. Januar wieder aufnehmen wird, auf Veranlassung der französischen Delegation erfolgt, welche den Wunsch ausdrückt, nicht in der durch die bevorstehende Tagung des obersten Rates geschaffenen Atmosphäre zu beraten.

Das Ende der Zarenfamilie.

Die Ermordung der Zarenfamilie war bisher immer noch nicht völlig aufgeklärt. Von Borbanski berichtet nun nach Einzelquellen über das Ende des Zaren und seiner Familie. Danach wurde Nikolaus II. nach seiner Entthronung mit seiner Familie zunächst nach Sibirien verbannt. Man wollte dem Kaiser und seine Familie als wertvolles Pfandobjekt behalten. Dem gegenüber sagte aber der Zentralrat des Uralgebietes den Entschluß, die ganze kaiserliche Familie zu ermorden. Wie diese furchtbare Tat vollbracht und mit welcher Bestialität sie durchgeführt wurde, ergibt sich aus nachfolgender Schilderung: Dem Zaren und den Seinigen wurde mitgeteilt, daß man in Anbetracht der unsicheren Verhältnisse sie in eine andere Stadt bringen wolle, und daß sie, da Eile tue, so angezogen, wie sie seien, sofort folgen müßten. Man brachte sie in den Keller des von ihnen bewohnten Gebäudes, sie roß die Stufen hinabstoßend, wobei der Zar, den kranken Thronfolger auf den Armen tragend, furchtlos seiner Empörung durch scharfe Worte Ausdruck verlieh. Unten angelangt, konnten den armen Todesopfern keine Zweifel mehr über das, was ihnen in den nächsten Sekunden bevorstand aufkommen, und noch bevor sie voneinander Abschied nehmen konnten, kaum fähig, sich durch ein Kreuzigen in die Hände ihres Gottes zu empfehlen, krachten schon durch das Keller- gewölbe die Revolverkugeln, welche nun diejenigen ver- stummen machten, denen noch vor Monaten begehrte Waffen zugejubelt hatten, für die noch in aller Stille Millionen und Millionen tagtäglich heiße Gebete zum Himmel emporfanden.

Bar Nikolai hatte ausgelebt, die Henserkugel hatte gut getroffen. Miegel, der Thronfolger, ein kranker Knabe hing trotz seiner physischen Leiden stöh am Leben. Ein halbes Duzend Kugeln mußte er empfangen, bevor das Kinderherz zu schlagen aufhörte, bevor der am Boden zuckende Knabenkörper für ewig ruhig dalag. Ein schweres Ende hatte auch die Jarin Alexandra, die einstige Kaiserin, Prinzessin Alice. Stets gottesglaubend, von einer seltenen Frömmigkeit, geriet sie in dieser furchtbaren Stunde in höchste religiöse Exaltation. Von der ersten Kugel zu Boden gestreckt, jedoch nicht tödlich getroffen, richtete sie sich wieder knieend auf, und die Hände zum Himmel aufhebend, rief sie laut: Gott läßt ein Wunder geschehen, ich soll nicht sterben. Eine brutale Wache mit dem Ausruf: Ich werde dir keinen Gott zeigen! war die Antwort, und eine weitere wohlgezielte Kugel eines Teufels in Menschengestalt schloß eines der furchtbarsten Kapitel aus Rußlands Geschichte. Da lagen sie nun auf schmutzigem, kaltem Kellerboden, die entseelten Körper des Zaren von Rußland, seiner ganzen Familie, der Großfürstin und einiger treuer Jarendler. Und ein kahles, verborgenes Massengrab nahm all diese Leichen in sich auf; verpackt wurden sie, ohne Kreuz, ohne das kleinste Zeichen der Liebe. Nur des Zaren Leiche wurde nicht in Uralerde gebettet. Die Nachricht vom furchtbaren Geschehnisse kam nach Moskau. Jetzt mußte den möglichen Folgen dieses Geschehnisses vorgebeugt werden. Das Volk konnte den Tod seiner einstigen Herrscherfamilie zu früh erfahren, in einer nicht ausgeschlossenen mßlichen Umwallung, geschürt durch die Gegenrevolution, das Märtyrergrab aufsuchen und, durch die furchtbaren Geschehnisse aus seiner Utopie ausgerüttelt, Lenin und seiner Regierung eine blutige Vergeltung bereiten. Und da wurden nun auf Befehl von Moskau hin die irdischen Ueberreste des Zaren in einem sorgsam verschlossenen Behälter unter Beobachtung der strengsten Geheimhaltung aus Jekaterinburg nach Moskau in den Kreml gebracht. Dort wurde dann die Leiche als die des russischen Zaren Nikolai II. untrüglich festgestellt und daraufhin mehreren zuverlässigen Kommunisten zur Verbrennung in einem der Kremli- schen übergeben. Zwei Tage dauerte ununterbrochen diese Prozedur, da man ja spezielle Krematorien in Rußland nicht hat. Dann haben die Winde die Asche des unglücklichen Zaren vom alten historischen Moskauer Kremlberg in alle Welt zerstreut! — Auch die ganze Dynastie Romanoff sollte dann auf gewaltsamem Wege ausgerottet werden. Der Bruder des Kaisers, Michael Alexandrowitsch, wurde ebenfalls so beseitigt, daß keine Spur des Wortes mehr übrig blieb. Bis zum heutigen Tage ist die Grabstätte dieses Großfürsten unbekannt.

Amtliche Bekanntmachung.

Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung.

Am Anschluß an unsere Veröffentlichung vom 3. ds. Mts. geben wir noch bekannt, daß im allgemeinen die Einhebung der ersten Invalidenversicherungsbeiträge war vom 30. Dezember 1920 ab zu erfolgen hat, daß aber auch die Krankenkassen als Beihilfen der Landesversicherungsanstalt Anweisung erhalten haben, für Versicherte, für die an diesem Tage noch Beiträge auf die Zeit vom 1. August bis 19. Dezember 1920 rückständig waren, gleichfalls die ersten Beiträge zu berechnen.

K u e, den 6. Januar 1921.

Verband von Ortsvereinsvorsitzenden im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Alfred Glöckner, Vorsitzender.

Vermischtes.

Die Beisetzung Weismanns. In der Nacht zum Mittwoch wurde der Sarg Weismann-Hollwegs von den Forstbeamten...

Staatssekretär Zimmermann, Dr. Helfferich, der frühere Eisenbahnminister Breitenbach, Staatssekretär Dewald, Oberpräsidenten v. Balow u. a.

Der Schiffbruch des Santa Isabel. Zu dem Schiffbruch der Santa Isabel bei Villagarcia wird noch gemeldet, daß das Schiff auf die Klippen geschleudert wurde...

Dank.

Bei dem Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes, unseres treusorgenden Vaters, des Maschinenbauers

Johannes Kraus

wurden uns von allen Seiten Beweise liebevoller Anteilnahme bezeugt, wofür wir hierdurch allen herzlichen danken.

Marie verw. Kraus geb. Wagner und Kinder.

AUE, den 5. Januar 1921.

Herrenwäsche

zum Waschen und Bütten angenommen.

Härtel, Ernst-Papststraße 33.

ALTPAPIER,

Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Korrespondenzen mit Garantie des Entstampfens...

Rohprodukten-Handelsgesellschaft, Nürnberg.

Wiesen-, Kleeheu, Stroh, Rüben

offert billigst waggonweise

Zouragebüg. Hunger, Chemnitz, Reinhardtstr. 26.

Laden oder Lagerräume, mit oder ohne Wohnung, im Innern der Stadt, sofort oder später zu mieten gesucht.

Am Dienstag vormittag verschied sanft die treusorgende Mutter ihres 9jährigen Erich, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Schwiegertochter

Ihre vollzogene Vermählung zeigen hierdurch ergebenst an Rudolf Müller, Gewerbelehrer und Frau Charlotte geb. Oettel

Beretreter sucht für Rheinland und Westfalen eine leitungsgef. Baumwollweberei.

Gesucht tüchtiger Bizemeister für größeres Werk der Blechindustrie Sachsens.

Perfekter Zeichner für einige Abendstunden auf Nebenbeschäftigung gesucht.

Mein grosser Inventur-Ausverkauf mit seinen ausserordentlichen Vorteilen beginnt: Montag, den 10. Januar, früh 8 1/2 Uhr

Friedrich Meyer Modekaufhaus ZWICKAU, Wilhelmstrasse und Marienstrasse.

Gelegenheitskauf Damen-Modestiefel mit farbiger Einlage (Dachstuhl) nur 175 Mt.

Erbsen gelbe od. grüne, Postkolli 30 Mt., weisse Bohnen Postkolli 35 Mt. franko versend.

Energischer jüngerer Kaufmann, der mit allen einschlägigen schriftlichen Arbeiten vertraut ist...

2 Hasen mit grossem Stall verkauft billigst Schmidt, Albertstr. 6.

Geld in jeder Höhe stets zu haben. Beschaffung von Kapitalien u. Teilhabern, Finanzierung von Unternehmungen.

Spielwaren-Engrosgehalt wünscht mit leistungsfäh. Puppen- u. Spielwarenfabrikanten in Geschäftsverbindung zu treten...

Ein fräutiges Schulmädchen als Aufwartung gesucht. Zu erfragen im Auer Tagbl.

Apollo-Lichtspiele Aue Bahnhofstr. ALA Fernruf 768

Freitag, den 7. bis Montag den 10. Januar erscheint der 1. Film der Harry-Piel-Serie. Ein Abenteuer-Cirkus in 8 Bildern.

Das fliegende Auto Größtes Sensations-Schauspiel der Zeit

Die Abenteuer eines vielgesuchten Hochstaplers in 6 Akten. In der Rolle der tollkühnen, allen Gefahren des Detektivs trotzende HARRY PIEL.

Krieg auf der Ranch Wild-West-Drama in 3 Akten. Täglich Anfang 1/2 6 Uhr. Sonntag von 2-6 Uhr Jugendvorstellung.

Varieté „Centralhalle“, Aue. Freitag, Sonnabend, Sonntag: „Das beliebte Fröde-Ensembles“

Gasthof Schweizertal, Alberoda Sonnabend, 8. Januar, von abends 6 Uhr ab: Großer öffentlicher „Lumpen = Dumd“.

Allgemeiner Turnverein (D.L.) Sonnabend, den 8. Januar 1921 Weihnachts-Bergnügen im Bürgergarten.

Wertmeister-Bezirksverein Aue Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr: außerordentliche Mitglieder-Versammlung